

Den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.

Gideon Levy, Haaretz, 8.8.2010

Manchmal kann man wirklich den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Der Wald des politischen, institutionellen und Regierungsrassismus in Israel ist dunkel und tief. Ein besonderer Baum dieses Waldes hat die Israelis alle geärgert: die Behandlung von Gastarbeiterkindern durch den Staat. Im Schatten eines andern nahen Baumes ist die Behandlung der Eltern dieser Kinder; die hat die Israelis weniger aufgeregt. Und da gibt es noch viele andere vergiftete Bäume in dem Wald:

Bürgerschaftsgesetze, Loyalitätsgesetze, Konversionsgesetze, das Auslösen von Beduinendörfern im Negev und sogar die Geschichte von dem Lieferanten, der der Vergewaltigung bezichtigt wurde, nachdem er vorgab, Jude zu sein. Jeder einzelne Fall/Baum brachte Teile der Gesellschaft in Aktion und das ist gut; aber einige sehen das große, ganze Bild, und das ganze Bild ist um vieles schlimmer als die Summe seiner Komponenten.

Die Erleuchtung kam von unerwarteter Seite; es war der Ministerpräsident Benyamin Netanyahu – ausgerechnet von ihm – der das Problem genau definierte. Als es darum ging, über die Zukunft dieser Kinder zu entscheiden, war das Kabinett zwischen humanitären Gesichtspunkten einerseits und zionistischen Gesichtspunkten andererseits gespalten, sagte er. Der Ministerpräsident von Israel selbst stellt dies als einen Widerspruch hin – und dies ist die Geschichte in einem Wort.

Jedes spezielle Übel muss natürlich bekämpft werden, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass es letzten Endes auf eine große fundamentale Wahrheit hinausläuft: Israel als jüdischen Staat zu definieren, verurteilt uns, in einem rassistischen Staat zu leben. Dies ist die neue Definition von Zionismus, die wir gut heißen haben, bis es uns klar wurde, dass wir nicht in der Lage sind, all das wilde Unkraut, das sich hier in letzter Zeit selbst ausgesät hat, auszureißen. Würden wir die Gastarbeiterkinder nicht vertreiben, aber weiter die Beduinendörfer vernichten, dann würden wir damit kein Problem lösen. Wir würden uns von einer Ungerechtigkeit zur andern bewegen, bis wir die rassistische Natur des Staates erkennen würden.

Israel ist nicht das einzige Land, in dem Rassismus zunimmt. Europa und die USA werden von einer schmutzigen Welle Fremdenfeindlichkeit überspült; aber in Israel ist dieser Rassismus in die fundamentalsten Werte des Staates eingebettet. Es gibt keinen anderen Staat, dessen Einwanderungsgesetze so offensichtlich und eindeutig auf der Abstammungslinie des Kandidaten beruhen. Jüdisches Blut – ob authentisch oder zweifelhaft – ist kosher. Anderes Blut von denen mit anderem Glauben oder anderer Nationalität ist unannehmbar. Kein Land öffnet seine Tore weit für jedermann, aber während andere Staaten soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gesichtspunkte berücksichtigen, ist die Abstammung (bloodline) hier der Name des Spiels. Wie anders sollten wir die Tatsache verstehen, wenn jemand, der hier geboren wurde, die Sprache spricht, seine Werte verehrt und sogar im Militär dient, kurzerhand vertrieben wird, während ein Mitglied der Bnei Menashe- Gemeinde in Indien oder der Enkel eines Halbjuden aus Kasachstan hier mit offenen Armen empfangen wird.

Im Gegensatz zu dem, was uns erzählt worden ist, gibt es kein bedeutendes Argument in der Welt und natürlich auch nicht in Israel über das Recht der Juden auf einen eigenen Staat. Es geht aber um seinen Charakter. Es geht auch nicht um die Gerechtigkeit des Rückkehrgesetzes: Israel ist der Ort für die Juden, die hier leben wollen. Es geht um die Exklusivität des Gesetzes, darüber dass es nur für Juden gilt. Hier beginnen alle Probleme. Man kann die Notwendigkeit eines eigenen Staates in den ersten Jahren nach dem Holocaust verstehen, aber 62 Jahre nach der Gründung des Staates ist die Zeit gekommen, die längst überholten Konzepte neu zu überprüfen.

Kennt denn jemand tatsächlich die Bedeutung des Begriffs „Jüdischer Staat“, den wir so sehr strapazieren? Bedeutet dies ein Staat nur für Juden? Ist es nicht eine neue Art von „rassistischer Reinheit“? Ist die „demographische Bedrohung“ denn größer als die Gefahr, dass der Staat eine religiöse Ethnokratie oder ein Apartheidstaat wird? Würde es nicht viel besser sein, in einer gerechten Demokratie zu leben? Und wie ist es denn sogar möglich, über einen Staat zu sprechen, der beides ist, jüdisch und demokratisch? Aber jeder, der versucht, den Hexenkessel dieser Debatte zu betreten, oder der versucht, außerhalb der abgegriffenen Klischees zu denken, wird automatisch der Verleumdung bezichtigt. Fragt nur Avraham Burg, der letzte Woche verkündete, er wolle eine neue politische Partei genau nach diesen Richtlinien gründen.

(dt. Ellen Rohlf)

<http://www.haaretz.com/print-edition/opinion/missing-the-forest-1.306647>